

★ TOP



Der Ausbau der Fernwärme gilt als zentraler Hebel, um den Wärmemarkt zu dekarbonisieren.
(Foto: Stadtwerke Münster GmbH)

GIPFELTREFFEN

Anschlusszwang bei der Fernwärme nicht ausgeschlossen

Berlin (energate) - Die Bundesregierung will die Fernwärme in den kommenden Jahren deutlich ausbauen. Damit sich der Ausbau für die Betreiber rechnet, ist auch ein Anschlusszwang für Haushalte nicht ausgeschlossen. Das geht aus einem Entwurf der Erklärung zum Fernwärmegipfel am 12. Juni hervor, der energate vorliegt. Darin heißt es, die Attraktivität von Nah- und Fernwärme für Neukunden soll so gesteigert werden, dass ein Anschlusszwang "möglichst vermieden" werden kann - ausgeschlossen wird er nicht. Zu dem Treffen haben Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Verbände der Energiewirtschaft, der Wohnungs- und Immobilienbranche, aber auch Vertreter von Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden eingeladen.

100.000 Anschlüsse pro Jahr

Der Ausbau der Nah- und Fernwärme gilt als ein wesentlicher Hebel, um den Wärmemarkt zu dekarbonisieren. "Denn sie ermöglichen es, den Wärmebedarf ohne größeren Umbau der Gebäude aus zentralen, zukünftig erneuerbaren Quellen zu decken", heißt es in der Gipfelerklärung. Darin wird als Ziel genannt, die Anzahl der an Wärmenetze angeschlossenen Gebäude bis 2045 zu verdreifachen, pro Jahr soll es "mindestens" 100.000 neue Anschlüsse geben, so die Forderung. Für eine solche Steigerung hatten sich auch die Verbände AFGW und VKU stark gemacht. VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing zeigte sich

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Anschlusszwang bei der Fernwärme nicht ausgeschlossen 1

🏠 POLITIK

Erlösabschöpfung wird beendet 3

Wirtschaftsminister Habeck eröffnet Kompetenzzentrum Windenergie 3

Wo der härteste Hammer hängt - eine Glosse 4

🏢 UNTERNEHMEN

Enercity: Guter Jahresstart nährt Ambitionen bis 2030 4

Bielefeld: Atomausstieg beschert Stadtwerken Ergebniseinbruch 5

Große Preisdifferenzen bei Strom- und Gasstarifen 5

Elektroindustrie kritisiert hohe Stromkosten 6

Ørsted steckt Milliarden in nachhaltige Windkraftanlagen 6

Frankreich vollzieht Verstaatlichung von EDF 6

Heidjers Stadtwerke finden neuen Geschäftsführer 7

⚡ STROM

Biogasbranche will Stromerzeugung flexibilisieren 7

Trianel baut Solar-Batterie-Hybride 8

Onshore-Windkraft: Total startet Großprojekt in Kasachstan 8

"Repowering fördert die regionale Akzeptanz der Windkraft" 8

🔥 GAS & WÄRME

Ines: Speicherbefüllung in vollem Gange 9

Uniper plant Synthesegas-Kraftwerk in den Niederlanden 10

Uniper vermarktet Speicherkapazitäten in Etzel 10

MARGIT 2024: Multiplikatoren und LNG-Rabatte bleiben gleich 10

🌱 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

Lumenaza bringt Kleinanlagen in Direktvermarktung 11

"Der Verbrauch des Busses war um knapp 20 Prozent geringer" 11

🇦🇹 ÖSTERREICH

Voest will Emissionen ab 2027 massiv reduzieren 12

Preise: Gegenläufige Trends bei Kelag und Illwerken 13

Klimabonus kommt 2023 gestaffelt 13

zuletzt dabei auch einem Anschlusszwang für Fernwärme offen gegenüber. Für Verbraucherschützer ist das dagegen ein rotes Tuch.

Ausnahme von GEG-Pflichten

Einigkeit herrscht bei den Beteiligten in der Absicht, die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) besser mit dem geplanten

Gesetz zu kommunalen Wärmeplanung abzustimmen. Letzteres soll den Rahmen dafür setzen, dass die Nah- und Fernwärmeversorgung bis 2045 klimaneutral wird. Vermeiden wollen die Akteure, dass Haushalte neue Heizungen einbauen, wenn zugleich in ihrem Gebiet die Fernwärme ausgebaut wird. Die Pflicht für Immobilienbesitzer, die Auflagen des GEG zu erfüllen, soll daher laut Erklärung entfallen, wenn ein Betreiber vor Ort verbindlich den Ausbau des Wärmenetzes ankündigt. Parallel dazu sollen die Regeln, nach denen ein Vermieter einen Fernwärmeliefervertrag in einem bestehenden Mietverhältnis durchsetzen kann, praxistauglicher werden.

Einrichtung einer Schiedsstelle

Verbraucherschützer dürften den Plänen mit Skepsis gegenüberstehen. Sie kritisieren immer wieder die für Kunden wenig nachvollziehbare Preisgestaltung bei der Fernwärme. In der Erklärung für das Gipfeltreffen findet sich daher auch ein Bekenntnis zu mehr Preistransparenz. Zudem soll es eine Schiedsstelle geben. Zum notwendigen finanziellen Rahmen für den Ausbau der Infrastruktur findet sich wenig Konkretes in dem Dokument. Gefordert wird lediglich ein "gesetzlich abgesicherter Förder- und Finanzierungsrahmen". Aktuell stehen in der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze rund 3 Mrd. Euro bereit. Für die angestrebten Ausbauziele ist dies allerdings deutlich zu wenig.

Für weniger Diskussionen dürften die in der Erklärung genannten Maßnahmen sorgen, mit denen die Nah- und Fernwärme grüner werden soll. Dazu zählen das Erschließen von Abwärmequellen - etwa aus Rechenzentren oder der Industrie - und bessere Möglichkeiten für Solarthermie und oberflächennahe Geothermie. Laut Analysen von Agora Energiewende könnten Großwärmepumpen 2045 für rund 70 Prozent der Fernwärmeerzeugung in Deutschland sorgen. Im Entwurf der Gipfelerklärung wird dagegen lediglich die Absicht formuliert, eine bessere Datenbasis für Großwärmepumpen aufzubauen und Fördermöglichkeiten zu überprüfen.

Bewegung in GEG-Verhandlungen

Nicht ausgeschlossen ist, dass sich die Ampel-Parteien zum Auftakt des Fernwärmetreffens auf die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes einigen, über das sie seit Wochen streiten. Nach energate-Informationen laufen aktuell Gespräche auf Ebene der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von SPD, Grünen und FDP. Aus Verhandlungskreisen ist zu hören, dass an diesem Wochenende ein Ergebnis erzielt werden kann. Damit wäre der Weg frei, das Gesetz Mitte Juni in den Bundestag einzubringen und das parlamentarische Verfahren zu starten. Wie zu hören ist, geht es in den Verhandlungen auch um die Novelle des Klimaschutzgesetzes, auf die sich SPD, Grüne und FDP Ende März verständigt hatten. /kw

Von Karsten Wiedemann

Let's **start** with



Wir machen BESS – stationäre Energiespeicher von höchster Qualität. Denn sichere, langlebige und hocheffiziente Batterien sind der Grundpfeiler für ein stabiles Netz und günstige Energie. Neugierig?

Treffen Sie uns auf „THE smarter E“ vom 14 bis 16 Juni in München, Halle C2 Stand 520.



HTHIUM



ENERGIEPREISKRISE

Erlösabschöpfung wird beendet

Berlin (energate) - Die Bundesregierung wird die Möglichkeit, extrem hohe Erlöse am Strommarkt einzuziehen, auslaufen lassen. Das teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Mit dem Instrument wollte die Regierung Stromerzeuger an den Kosten der Preisbremsen für Verbraucher und Unternehmen beteiligen. Das Konzept: Liegen die Erlöse der Unternehmen am Strommarkt zeitweilig über einem vorher definierten Basiswert, kassiert die öffentliche Hand den Überschusserlös ein. Betroffen sind Erzeuger von erneuerbaren Energien, aber auch Braunkohle und die Kernenergie. Das Instrument war von vornherein umstritten, zum einem wegen der bürokratischen Umsetzung. Es hieß aber auch, die Abschöpfung mache Investitionen in erneuerbare Energien unattraktiv.

Einnahmen bleiben aus

Nun will die Bundesregierung die Erlösabschöpfung, die Teil der Gesetze zur Strompreisbremse ist, zum 30. Juni auslaufen lassen. Angesichts der gesicherten Stromversorgung, aktuell sinkender Strompreise und in der Folge ausbleibender Einnahmen aus der Abschöpfung sowie nicht auszuschließender Investitionshemmnisse sei eine Verlängerung der Abschöpfung nicht gerechtfertigt, hieß es aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Die EU-Kommission hatte bereits Anfang Juni entschieden, den europäischen Rechtsrahmen für die Erlösabschöpfung nicht zu verlängern. Die Abschöpfung bleibt auf die Zeiträume 1. Dezember 2022 bis 31. März 2023 und 1. April 2023 bis 30. Juni 2023 beschränkt, hieß es. Für die Abwicklung sind die Übertragungsnetzbetreiber zuständig. /kw
Von Karsten Wiedemann

PHYSIKALISCH-TECHNISCHE BUNDESANSTALT

Wirtschaftsminister Habeck eröffnet Kompetenzzentrum Windenergie

Braunschweig (energate) - Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat ein Gebäude des Kompetenzzentrums Windenergie der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig eröffnet. Wie das Wirtschaftsministerium mitteilte, steht dort die weltweit größte Anlage, mit der die Drehmomente von Windenergieanlagen zuverlässig vermessen werden können. Insbesondere bei Offshore-Windkraftanlagen treten enorme Drehmomente auf. Immer größere Windenergieanlagen brauchen zudem neue Maschinen, die die Qualität der Anlagen prüfen. Die PTB ist das nationale Metrologie-Institut Deutschlands mit 2.200 Beschäftigten an den Standorten Braunschweig und Berlin.

Die Apparaturen im Kompetenzzentrum Windenergie messen technische Parameter, die für den sicheren und effizienten Betrieb von Windenergieanlagen nötig sind. Dies geht von der Geometrie der verbauten Großbauteile über die genaue Bestimmung der Windgeschwindigkeiten am Standort der Anlage bis hin zu den Drehmomenten, die an den Rotorblättern angreifen. Die neue "Drehmomentnormalmesseinrichtung" ist ein wesentlicher Bestandteil des Kompetenzzentrums.

Die PTB stellt zudem Prüfverfahren für weitere Transformationstechnologien bereit. Auch über die Forschung in der Quantentechnologien sowie über die Dienstleistungen in den Bereichen Photovoltaik, Künstliche Intelligenz, Wasserstoff und Mobilität informierte sich der Minister bei seinem Besuch am 8. Juni. /ck
Von Carsten Kloth

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug
Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter
www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

BERLINER WOCHE (KW 23)

Wo der härteste Hammer hängt - eine Glosse

Berlin (energate) - Kommt der eigentliche Heizhammer aus Brüssel? Ein Vorschlaghammer, gegen den die Heizungspläne von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck wie ein gummimantelter Schonhammer daherkommen? Das jedenfalls insinuiert die Boulevardpresse und die FDP. Die EU wolle eine Wärmepumpenpflicht durch die Hintertür. Gehe es nach EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU), seien künftig nur noch diese erlaubt, zitierte "Bild" den FDP-Fraktionsvorsitzenden Christian Dürr. Die CDU wette in Berlin gegen das Heizungsgesetz, plane in Brüssel aber viel Schlimmeres - einen härteren Heizhammer als Habeck.

Auch Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, nutzte die EU-Pläne für einen Frontalangriff gegen die CDU: "Die Planungen für ein EU-Heizungsverbot durch die Kommissionspräsidentin entlarven die doppelzüngige Kampagne der Union", erklärte er. Ausgerechnet die CDU-Spitzenpolitikerin von der Leyen wolle den Menschen in Deutschland und der EU über die Ökodesignrichtlinie viele Heizungsanlagen verbieten. Genüsslich zitierte er Verbalattacken von Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) auf Habecks Heizungspläne.

Alles halb so wild, beruhigt die EU

Die EU-Kommission zeigte sich gelinde gesagt irritiert über die Berichte. Der Artikel der "Bild" sei irreführend, teilte deren Vertretung in Deutschland über Twitter mit. Die derzeit geltenden Anforderungen an die Energieeffizienz von Heizungen seien zehn Jahre alt und es sei ein normales Verfahren, sie nun zu aktualisieren. Der Vorschlag werde technologieneutral sein und bereits existierende Heizungen würden nicht erfasst. Alle Neuerungen würden erst ab 2029 voll greifen und die EU-Mitgliedstaaten und Verbände würden umfassend beteiligt. Auch der Rat der EU-Staaten und das Europäische Parlament hätten ein Mitspracherecht.

Tatsache ist: Die EU-Kommission hatte ihre Pläne für eine neue Ökodesignverordnung für nachhaltige Produkte (ESPR) schon im März dieses Jahres vorgestellt. Künftig sollen in der EU nur noch Produkte zugelassen sein, die langlebig, reparierbar, wiederverwendbar und recycelbar sind. Und auch für neue Heizungen plant die EU nun eben Vorgaben. Für Diskussion sorgt dabei vor allem, dass diese einen Mindestwirkungsgrad von 115 Prozent haben sollen. Reine Kesselheizungen, auch wenn sie etwa Wasserstoff nutzen, können diese Vorgaben nicht erfüllen. Der Einbau von Hybrid-Heizsystemen, etwa aus Gaskessel und Solarthermieanlage, wäre nach EU-Plänen dagegen möglich. Aber was zählen schon Fakten, wenn es darum geht, wer den härtesten Hammer hat. /ck

Von Carsten Kloth

GESCHÄFTSZAHLEN

Enercity: Guter Jahresstart nährt Ambitionen bis 2030

Hannover (energate) - Das Hannoveraner Stadtwerk Enercity ist gut ins Geschäftsjahr 2023 gestartet. Der Versorger wächst mit großem Tempo über sein angestammtes Einzugsgebiet in Niedersachsen hinaus. Das machten Vorstandschefin Susanna Zapreva und Finanzvorstand Marc Hansmann bei der Vorstellung der jüngsten Quartalsbilanz deutlich. Das Engagement für die Energie- und Wärmewende seit 2016 habe dem Unternehmen eine so gute Reputation in der Region beschert, dass der branchenübergreifend beklagte Fachkräftemangel für den Versorger dabei bislang kein Thema sei, konstatierte zudem Finanzvorstand Hansmann. Gleichwohl widme sich Enercity dem Aufbau eines Partnernetzwerks, damit es für Enercity nicht dazu kommt.

Der eingeschlagenen Dekarbonisierungs- und Wachstumsstrategie folgend generiere die Enercity-Gruppe inzwischen 60 bis 70 Prozent ihrer Geschäftserträge jenseits des eigenen Grundversorgungsgebiets, fügte die zum Jahresende scheidende Vorstandschefin Zapreva hinzu. Als Kernbeispiel für ein bundesweit und international angelegtes Wachstumsfeld nannte sie die durch verschiedene Zukäufe auch ins Ausland gewachsene Windkraftsparte des Versorgers. Dieses Engagement steigerte den Ökostromanteil in der Erzeugung von Enercity um knapp 14 Prozentpunkte auf 53 Prozent. Um im Windkraftsegment bundesweit weiterzuwachsen, will Enercity allein im laufenden Jahr 100 Mio. Euro investieren. Noch in diesem Jahr soll der Windpark Stemwede in Nordrhein-Westfalen mit 45 MW in Betrieb gehen, kündigte Zapreva an.

Neue Tochter soll vom PV- und Wärmepumpenboom profitieren

Überregional wachsen will Enercity vor allem im Endkundengeschäft mit Wärmepumpen und PV-Dachanlagen. Um dies zu bewerkstelligen, trennte sich Enercity unlängst von seiner Installation-Beteiligung und ist seit kurzem Mehrheitseigner bei dem Thermondo-Konkurrenten Ökoloco. "Die Beteiligung passt besser zur Strategie von Enercity", erklärte Zapreva. Mit der neuen Tochter verfüge der Versorger jetzt bundesweit über die notwendigen Handwerkerkapazitäten, um sowohl im Wärmepumpenmarkt als auch bei Ladesäulen für E-Fahrzeuge und PV-Dachanlagen wachsen zu können. Die Tochter mit Hauptsitz in Essen ist bislang in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg aktiv. Bis 2030 will der Versorger im heimischen Versorgungsgebiet Hannover 30.000 PV-Dachanlagen errichten. Ferner soll das PV-Freiflächensegment dazu beitragen, in den kommenden sieben Jahren ein Solarportfolio mit 2.000 MW aufzubauen, hieß es weiter.

13 Prozent mehr Nachsteuergewinn im ersten Quartal

Im Lichte des gegenwärtigen Photovoltaikbooms läuft das PV-Geschäft bereits sehr gut. Allein in den ersten drei Monaten 2023 instal-

lierte Enercity doppelt so viele PV-Dachanlagen, wie im Gesamtjahr 2022. Auch deshalb gelang Enercity ein Ergebnissprung. Obwohl der Handel und Vertrieb von Strom und Gas krisen- und witterungsbedingt rückläufig war, kletterte der Gewinn vor Steuern und Zinsen (Ebit) um 11 Prozent auf 93 Mio. Euro. Das Ergebnis nach Steuern lag mit 81 Mio. Euro 13 Prozent über dem des Vorjahresquartals. Mit dem Rückenwind dieses Ergebnisses erklärte das Führungsduo, das Gesamtjahr 2023 aller Voraussicht nach mit mehr als 300 Mio. Euro Ertrag und 8,5 bis 9 Mrd. Euro Umsatz abzuschließen. Kommt es so, wäre dies eine deutliche Steigerung gegenüber 2022.

Krisenmodus für den Winter 23/24 bleibt aktiv

Bei allem Optimismus hat auch die Enercity den Krisenmodus noch nicht beendet. Wie auch die Kunden spare auch Enercity selbst Gas, wo es geht. "Wir setzen unser Gaskraftwerk derzeit nur in Einzelfällen ein", sagte Hansmann. Der hauseigene Gasspeicher sei zwar voll, gleichwohl sei nach wie vor nicht absehbar, wie sich die Lage im kommenden Winter entwickle, so der Finanzvorstand weiter. /pa

Von Philip Akoto

JAHRESBILANZ

Bielefeld: Atomausstieg beschert Stadtwerken Ergebniseinbruch

Bielefeld (energate) - Das Krisenjahr 2022 und der Atomausstieg Deutschlands hinterlassen deutliche Spuren in der Bilanz der Stadtwerke Bielefeld. Weil die Energieversorgung deshalb den Querverbund mit ÖPNV und Bädern nicht mehr trägt wie in der Vergangenheit, verbucht der Kommunalversorger einen deutlichen Ergebniseinbruch. Die Stadtwerke erzielten 1,6 Mio. Euro Gewinn nach Steuern - nach 84 Mio. Euro Gewinn im Vorjahr. Die Unternehmensführung sprach dennoch von einem guten Ergebnis. "Wenn man bedenkt, wie viele Unsicherheiten es aufgrund des Krieges und der Energiekrise im zurückliegenden Jahr gegeben hat, dann können wir mehr als zufrieden sein", resümierte Geschäftsführer Martin Uekmann.

Keine Erträge mehr aus AKW-Stromvermarktung

Der deutliche Ertragsrückgang hat mehrere Gründe. Wirtschaftlich am stärksten ins Gewicht fällt dabei wohl die Stilllegung des Atomkraftwerks Grohnde. An der Anlage, die mehrheitlich der Eon-Tochter Preussen Elektra gehörte, waren die Stadtwerke mit 16,7 Prozent beteiligt. Die Vermarktung des Atomstroms war noch im vergangenen Jahr eine tragende Ertragssäule. "Das ist nun endgültig vorbei", so Uekmann. Mit dem Wegfall dieser Beteiligung brach der Stromabsatz der Stadtwerke um 57 Prozent ein. Ein Teil davon sei auch auf das krisenbedingt veränderte Verbrauchsverhalten zurückzuführen, so das Management weiter.

Im Zusammenspiel mit der milden Witterung sorgten die von der drohenden Gasmangellage befeuerten Energiesparmaßnahmen der Kunden auch den Gas- und Wärmeabsatz um 5 beziehungsweise 10 Prozent. Außerdem brauchten die Stadtwerke 40 Mio. Euro,

um die Verluste aus dem defizitären ÖPNV- und Bäderbetrieb auszugleichen. Ferner hielt der Versorger seine Konzessionsabgabe an die Stadt mit rund 20 Mio. Euro auch im Energiekrisenjahr 2022 nahezu auf Vorjahresniveau.

Stadt entlastet ihren Versorger

Allerdings wird der Querverbund die Stadtwerke nicht mehr so stark belasten im zurückliegenden Jahr. Nach der endgültigen Stilllegung des AKW Grohnde einigten sich die Stadtwerke mit ihrer Kommune und deren Holding Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensgesellschaft (BBVG) auf eine Finanzierungsvereinbarung. Diese sorgt künftig dafür, dass sie Stadtwerke maximal noch 18 Mio. Euro der möglichen Verluste aus dem Querverbund tragen sollen. /pa

Von Philip Akoto

PREISVERGLEICH

Große Preisdifferenzen bei Strom- und Gastarifen

Heidelberg (energate) - Die Preisunterschiede bei Strom- und Gastarifen sind so hoch wie nie. Laut einer Preisanalyse des Vergleichsportals Verivox beträgt die Differenz bei den Strompreisen bis zu 760 Euro jährlich. Eine noch größere Preisspanne erkennt Verivox beim Vergleich von Gastarifen. Hier läge eine mögliche Preisdifferenz bei bis zu 1.400 Euro. Dem Preisvergleich legt Verivox Tarife der letzten 10 Jahre von rund 700 Gas- und rund 800 Strom-Grundversorgern in Deutschland zugrunde. Die Stromkosten des exemplarischen Drei-Personen-Haushalts mit einem Jahresverbrauch von 4.000 kWh belaufen sich laut der Vergleichsplattform auf rund 2.000 Euro jährlich im Grundversorgungstarif.

Neukundenverträge deutlich günstiger

80 Prozent der Grundversorgungstarife der örtlichen Versorger lägen im Moment über der Deckelung durch die Strompreisbremse, die bei 40 Cent/kWh greift. Wird die Strompreisbremse berücksichtigt, belaufen sich die Kosten im Grundversorgungstarif auf rund 1.800 Euro jährlich. Neukundenverträge seien dagegen deutlich günstiger. Die Gesamtkosten für 4.000 kWh Strom lägen hier beim günstigsten Angebot aktuell bei 1.200 Euro jährlich. Ohne Berücksichtigung der Preisbremse würde sich eine durchschnittliche Preisdifferenz von rund 760 Euro ergeben. Mit einer Deckelung der Kosten bei 40 Cent/kWh läge die Einsparmöglichkeit bei rund 600 Euro.

Noch deutlichere Zahlen legt Verivox beim Vergleich der Gastarife vor. Bei einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh entstehen aktuell im bundesweiten Durchschnitt Kosten von rund 3.000 Euro. Nach Einbezug der Deckelung durch die Gaspreisbremse bei 12 Cent/kWh belaufen sich die durchschnittlichen Gesamtkosten auf rund 2.700 Euro. In dem Vergleichstarif für Neukunden kostet die gleiche Gasmenge rund 1.900 Euro. Ohne die Berücksichtigung der Gaspreisbremse kommt das Vergleichsportal so auf eine Preisdifferenz von rund 1.400 Euro zum Grundversorgungstarif. Wird die Preisbremse in der Berechnung einbezogen, ergibt sich eine Ersparnis von rund 800 Euro.

Grundversorger im Nachteil

Dass Grundversorger vergleichsweise teuer abschneiden, begründet Verivox auch mit ihrer langfristigen Beschaffungsstrategie. "Viele Unternehmen kämpfen noch mit den Rekordpreisen im Großhandel, die im Jahr 2022 fällig wurden", sagte Thorsten Storck Energieexperte des Vergleichsportals. Zudem dämpfe die staatliche Unterstützung den Preisdruck. Storck sieht in den großen Preisunterschieden ein Zeichen dafür, dass niedrige Beschaffungskosten bei überregionalen Neukundenangeboten schneller an die Kunden weitergegeben würden. [/lp](#)

Von Leonard Preißler-Buchta

ZVEI-UMFRAGE

Elektroindustrie kritisiert hohe Stromkosten

Frankfurt am Main (energate) - Für sieben von zehn Unternehmen der Elektro- und Digitalindustrie stellen die Stromkosten in Deutschland "eine spürbare Belastung im Wettbewerb" dar. Das geht aus einer Ad-hoc-Umfrage unter Mitgliedern des Verbands der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) hervor. Ebenfalls sieben von zehn Unternehmen fordern demnach, dass die Stromkosten gesenkt werden müssten. Das sei laut ZVEI auch nötig, weil die Bundesnetzagentur jüngst angekündigt hat, den Eigenkapitalzinssatz für Elektrizitäts- und Gasnetzbetreiber zu erhöhen. Dadurch würden die Netzentgelte und letztlich auch der Strompreis weiter steigen.

"Umso wichtiger ist es nun, dass der Strompreis endlich von bestehenden Umlagen und Abgaben, wie der Konzessionsabgabe, entlastet und die Stromsteuer auf europäisches Mindestmaß gesenkt wird", erklärte Wolfgang Weber, Vorsitzender der ZVEI-Geschäftsführung. Zugleich müsse die Bundesregierung "auch an einer Ausweitung des Stromangebots und Nutzung von Flexibilitätspotenzialen durch neue Stromlieferverträge, sogenannten Power Purchase Agreements, und variable Tarife arbeiten", forderte Weber weiter.

Viel Kritik an Standortbedingungen

Aus der Umfrage geht dem ZVEI zufolge weiter hervor, dass neun von zehn Unternehmen die Standortbedingungen hierzulande schlechter bewerten als noch vor fünf Jahren. Gründe seien "eine überbordende Bürokratie, hohe Belastungen durch Steuern und Abgaben sowie Unsicherheiten bei Stromkosten und Versorgungssicherheit". Dabei wollen 71 Prozent der befragten Akteure eigentlich mehr oder genauso viel Geld vorrangig in Deutschland investieren. "Die Politik sollte diesen Willen unterstützen, statt weitere Hürden aufzubauen", mahnte Weber. Außerdem brauche es weniger Bürokratie und Regulierung. An der Umfrage von Ende Mai 2023 haben sich nach Verbandsangaben 139 Unternehmen der Elektro- und Digitalindustrie beteiligt, die jährlich insgesamt über 40 Mrd. Euro umsetzen würden. [/mh](#)

Von Michael Hahn

ERNEUERBARENAUSBAU

Ørsted steckt Milliarden in nachhaltige Windkraftanlagen

Fredericia (energate) - Der dänische Energiekonzern Ørsted strebt bis 2030 den Aufbau von Erneuerbarenkapazitäten von insgesamt 50.000 MW an. Dafür will das Unternehmen bis 2030 umgerechnet rund 64 Mrd. Euro in die Hand nehmen (475 Mrd. Dänische Kronen). Das kündigte Ørsted auf dem Capital Markets Day an. Für das Jahr 2030 verspricht Ørsted seinen Anteilseignern ein Ebitda zwischen 6,7 und 7,4 Mrd. Euro, was einer Steigerung von 13 bis 14 Prozent jährlich entspricht.

Optimismus zieht die Unternehmensführung vor allem aus den verbesserten Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien. In den vergangenen Jahren habe die Erneuerbarenbranche einen "beispiellosen politischen Rückenwind" erhalten, etwa durch die Anreize durch den Inflation Reduction Act in den USA und den Net Zero Industry Act in der EU. Das daraus resultierende Wachstumspotenzial für die Branche der erneuerbaren Energien sei "noch nie so groß wie heute" gewesen, hieß es weiter. Ørsted betrachtet sich als globalen Marktführer im Bereich der Offshore-Windkraft. Im Betrieb seien derzeit Anlagen mit 15.500 MW Gesamtleistung, weitere 4.900 MW seien im Bau. Ørsted habe zudem den Zuschlag für weitere 10.600 MW erhalten.

Zugleich setzt sich das dänische Unternehmen ambitionierte Ziele beim Thema Nachhaltigkeit. Beispielsweise seien Partnerschaften mit Lieferanten von kohlenstoffarmen Fundamenten und Türmen sowie Windturbinenblättern aus recycelten Materialien geplant. Einen entsprechenden Liefervertrag hat Ørsted aktuell mit dem Windkraftanlagenhersteller Vestas unterzeichnet. In allen künftigen gemeinsamen Offshore-Windparks soll Ørsted kohlenstoffarme Stahltürme einsetzen und - sobald kommerziell verfügbar - auch Rotorblätter aus recycelten Materialien. Darüber hinaus hat sich der Konzern verpflichtet, ab sofort alle Windturbinenflügel und Solarmodule aus seinem weltweiten Portfolio zu recyceln und ab 2030 nur noch Projekte mit einer positiven Auswirkung auf die Biodiversität in Betrieb zu nehmen. Bis 2025 will Ørsted seine CO₂-Emissionen um 98 Prozent reduzieren. Die Netto-Null-Quote für die gesamte Wertschöpfungskette soll im Jahr 2040 folgen. [/am](#)

Von Artjom Maksimenko

SQUEEZE-OUT

Frankreich vollzieht Verstaatlichung von EDF

Paris (energate) - Frankreich ist offiziell wieder alleiniger Eigner des Stromerzeugers EDF. Das letzte Aktienpaket im Umfang von rund zwei Prozent sicherte sich der Staat per Squeeze-out. Angestrengt hatte die Macron-Regierung die Verstaatlichung mit dem Argument, unter anderem den Bau von neuen Atomkraftwerken beschleunigen zu wollen. Die neuen Atommeiler sollen helfen, den Strommix des Landes zu

dekarbonisieren. Insgesamt investierte Frankreich nach eigenen Angaben 9,7 Mrd. Euro in die Kompletterstaatlichung des größten Energiekonzerns des Landes. 1,5 Mrd. Euro davon beschafft sich das Unternehmen über jüngst begebene Anleihen am Kapitalmarkt.

Zum Start des Rückkaufprogramms im Sommer 2022 hatte der französische Staat etwas mehr als 83 Prozent aller Anteile an der EDF gehalten. Der sogenannte Squeeze-out, die Zwangsabfindung der letzten verbliebenen Minderheitsseigner, wurde möglich, nachdem mehr als sieben Prozent der Minderheitsaktionäre das Übernahmeangebot angenommen hatten und der Anteil des Staates so die 90-Prozent-Marke überwunden hatte. Für EDF ist die 100-prozentige Eignerschaft durch den Staat eine Rückkehr zum Status quo der Vergangenheit. Bis zur Teilprivatisierung durch einen Börsengang im Jahr 2005 war der Konzern stets ein reines Staatsunternehmen gewesen.

EDF-AKW als Krisenherd

Zu den größten aktuellen Herausforderungen des Konzerns zählt der heimische AKW-Betrieb. Die 56 französischen EDF-Atommeiler sind in die Jahre gekommen. Seit Ende 2021 kämpft der Konzern mit Korrosionsschäden an zahlreichen Anlagen. Dies führte zu außerplanmäßig verlängerten Revisionszeiten und Ausfällen, die Frankreich im Krisenjahr 2022 zum Stromimporteur machten. Hinzu kam, dass eine Hitzewelle im Sommer die AKW-Erzeugung zeitweise schmälerte. Da zu dieser Zeit der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine die Versorgung Europas mit Erdgas stark einschränkte, befeuerte die geringe Stromerzeugung in Frankreichs Kernkraftwerken die Energiekrise zusätzlich. /pa

Von Philip Akoto

PERSONALIE

Heidjers Stadtwerke finden neuen Geschäftsführer

Schneverdingen/Neuenkirchen (energate) - Tobias Schrott wird neuer Geschäftsführer der Stadtwerke Schneverdingen-Neuenkirchen (Heidjers Stadtwerke). Der Aufsichtsrat habe sich einstimmig für den 50-Jährigen ausgesprochen, teilte der Versorger aus der Lüneburger Heide mit. Ab dem 1. Juli 2023 übernimmt Schrott die Leitung des Unternehmens von Interimsgeschäftsführer Martin Hack. Von dessen Vorgänger Lars Weber hatte sich der Versorger aufgrund unterschiedlicher Auffassungen zur strategischen Ausrichtung des Unternehmens im Dezember 2022 getrennt. Das Stadtwerk habe mit Schrott nun "nicht nur einen erfahrenen Fachmann, sondern auch insbesondere eine motivierende Führungspersönlichkeit mit einem überzeugenden Kommunikationsstil" für sich gewonnen, erklärte Jan-Kosta Recksieck, Aufsichtsratsvorsitzender der Heidjers Stadtwerke. Von 2012 bis 2019 war Schrott Geschäftsführer der Stadtwerke Neustadt am Rübenberge, anschließend Bereichsleiter Vertrieb und Kundenservice bei den Stadtwerken Bielefeld. /lp

Von Leonard Preißler-Buchta

STROM

BIOMASSE

Biogasbranche will Stromerzeugung flexibilisieren

Berlin (energate) - Die Biogasbranche positioniert sich als Flexibilitätsoption für den Strommarkt. Gleichzeitig bringt sie sich als Enabler für Wasserstoff ins Spiel. Das geht aus einem Brief des Flexperten-Netzwerkes an das Bundeswirtschaftsministerium hervor, der energate vorliegt. Darin schlagen die Flexperten mehrere Maßnahmen vor, um Flexibilitäten aus Biomasseanlagen zu erschließen. Das Netzwerk setzt sich für Betreiber von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) sowie für die Weiterentwicklung des politischen Rahmens ein. Die Bundesregierung erarbeitet derzeit eine Biomassestrategie, deren Eckpunkte sie im Oktober 2022 vorgestellt hat. Demnach sieht sie die energetische Nutzung von Biomasse nachrangig gegenüber der stofflichen Nutzung an.

Bislang verstromen Landwirte ihr Biogas überwiegend in der Grundlast. Mit steigender Einspeisung von fluktuierender Energie aus Wind und Sonne wird diese aber immer weniger benötigt, sondern stattdessen mehr flexible Stromerzeugung. Biomasse-KWK lassen sich flexibel nutzen. 60 Stunden Ruhereichweite und 24 Stunden Brennstoffreichweite seien kein Problem, schreibt das Netzwerk in seinen Brief.

Potenzial von 30.000 MW

Um die Flexibilitäten tatsächlich zu erhöhen, strebt die Branche insbesondere Verbesserungen bei der Förderung an. Dazu gehört etwa, die bisher gedeckelte Flexibilitätsprämie für Anlagen vor 2014 zu reaktivieren und den Flexibilitätszuschlag für Anlagen nach 2014 an die Inflation anzupassen, also zu erhöhen. Zudem solle die geforderte Betriebsdauer pro Jahr gesenkt werden, da davon auszugehen sei, dass die Kraftwerke bei flexibler Fahrweise insgesamt weniger Stunden laufen werden, heißt es in dem Schreiben.

Der Verband geht davon aus, dass alleine durch eine Erweiterung der bestehenden Bio-KWK-Anlagen erhebliche Potenziale gehoben werden können: von derzeit 6.000 MW auf insgesamt 15.000 MW. Durch den Zubau neuer Anlagen könnten weitere 15.000 MW hinzukommen. Auch ohne Anbaubiomasse könne der heutige Beitrag von Biogas von etwa 34 Mrd. kWh/Jahr (Strom) auf über 60 Mrd. kWh/Jahr und zusätzlich etwa gleich viel Wärme gesteigert werden.

Die Kraftwerke würden voraussichtlich überwiegend im Winter laufen, aufgrund des dann höheren Strombedarfs. Damit würde auch die meiste Wärme entsprechend in der kalten Jahreszeit produziert. Überschüssige anfallende Wärme könne zudem durch Großpufferspeicher zeitlich entkoppelt werden und biete Millionen von Haushalten im ländlichen Raum eine kostengünstige Erfüllung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), werben die Flexperten.

Kombination mit Wasserstoff

Darüber hinaus regen sie an, die Innovationsausschreibungen für weiterentwickelte Biomasseanlagen, sogenannte Biogas-Speicherkraftwerke, zu öffnen. Biogas-BHKW seien H2-ready, einzelne Motoren liefen schon seit Jahren mit Wasserstoff. Würden die Ausschreibungen für solche Anlagen geöffnet, könnten sie den netzentlastenden Hochlauf für die Produktion von grünem Wasserstoff fördern. Der Biogasspeicher speichert dabei Wasserstoff im Gemisch oder methanisiert. BHKW und Wärmepuffer könnten dann bedarfsgerecht Strom und Wärme bereitstellen. Durch die gleichzeitige Nutzung von Elektrolyse-Abwärme in einem angeschlossenen Nahwärmenetz sanken zudem die Kosten für Wasserstoff.

Der Verband geht in seinem Brief an das Bundeswirtschaftsministerium auch auf die Tank-oder-Teller-Debatte ein. Er listet Biomasse auf, die nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion steht. Dazu gehören Gülle und Mist aus der Stalltierhaltung, Nebenprodukte im Pflanzenbau, Aufwuchs von Biodiversitäts-, Naturschutz-, Stilllegungsflächen und Moorvernässung, organische Garten-, Haushalts- und Industrieabfälle sowie Zwischenfrüchte im biologischen Landbau. /sd

Von Stefanie Dierks

INNOVATIONSAUSSCHREIBUNG

Trianel baut Solar-Batterie-Hybride

Aachen (energate) - Die Trianel-Projekttochter TEP errichtet vier Innovationsprojekte. Dabei handelt es sich um Photovoltaik-Freiflächenanlagen mit einer Gesamtleistung von 60 MW, die mit Batteriespeichern kombiniert werden. Letztere kommen auf eine Gesamtkapazität von 40 MWh. Die einzelnen Standorte befinden sich in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Brandenburg, teilte die Aachener Stadtwerkekooperation mit. Alle vier Projekte hatte die Bundesnetzagentur zuvor im Rahmen der sogenannten Innovationsausschreibungen bezuschlagt.

Schwerpunkt Ostdeutschland

Mit dem Bau der Solarparks hat die Projektentwicklungstochter der Trianel schon im März begonnen. Ein Solarpark, Lübars II in Sachsen-Anhalt mit 12 MW, ist bereits fertiggestellt. Ab August wird nach Angaben von Trianel auch der dazugehörige Speicher mit einer Kapazität von 8 MWh folgen. Die größte Anlage soll im baden-württembergischen Gammertingen im Landkreis Sigmaringen entstehen: ein 19-MW-Solarpark und ein dazugehöriger Speicher mit 11 MWh Kapazität. Die Bauarbeiten sollen hier im Juli 2023 beginnen, die Inbetriebnahme ist für Februar 2024 geplant. Zusätzlich entwickelt die TEP für diesen Standort ein Bürgerbeteiligungsmodell.

Zwei der vier Projekte entstehen in Brandenburg: Noch im Juni soll der Bau des Solarparks Letschin (13 MW Leistung, 9 MWh Speicherkapazität) nahe der polnischen Grenze beginnen. Für den anderen Solarpark mit 16 MW in Göhlsdorf westlich von Potsdam seien die Bauvorbereitungen "im vollen Gange". Hier steht aller-

dings noch die Genehmigung aus. Mit dieser rechnet das Unternehmen im Juli, dann soll auch dort die Installation der Module starten sowie später der Bau des 10-MWh-Speichers. /sd
Von Stefanie Dierks

TOTAL ENERGIES

Onshore-Windkraft: Total startet Großprojekt in Kasachstan

Paris (energate) - Der französische Energiekonzern Total Energies plant in Kasachstan einen Onshore-Windpark mit 1.000 MW Leistung. In Kombination mit einem 600-MWh-Batteriespeicher soll das Vorhaben in der südlichen kasachischen Provinz Schambyl entstehen. Das Investitionsvolumen belaufe sich auf umgerechnet rund 1,3 Mrd. Euro, teilte Total mit. Den gesamten Strom aus voraussichtlich 200 Windkraftanlagen nimmt das Financial Settlement Center of Renewable Energy ab, eine öffentliche Einrichtung im Besitz der kasachischen Regierung. Dazu hat Total Energies einen entsprechenden Stromabnahmevertrag (PPA) mit einer Laufzeit von 25 Jahren unterzeichnet. Rechnerisch reicht die produzierte Strommenge für die Versorgung von rund einer Mio. Menschen.

Total Energies werde das Projekt in Partnerschaft mit dem Nationalen Vermögensfonds Samruk-Kazyna und der Nationalen Gesellschaft Kazmunaygas entwickeln, die jeweils einen Anteil von 20 Prozent an dem Projekt halten werden. Das "Mirny"-Projekt sei für Total nach Irak das zweite Großvorhaben zur Entwicklung und Beschleunigung der Energiewende in öl- und gasproduzierenden Ländern, teilte Total weiter mit. Bis 2030 will Kasachstan 15 Prozent seiner Stromproduktion aus erneuerbaren Energien gewinnen. /am
Von Artjom Maksimenko

ADD-ON STROM

"Repowering fördert die regionale Akzeptanz der Windkraft"

Dresden (energate) - Repowering ist fester Bestandteil im Geschäftsmodell des Dresdener Projektierers VSB. Thomas Winkler, Geschäftsführer der VSB Neue Energien, spricht im energate-Interview über den strategischen Wert solcher Initiativen für das Unternehmen und erklärt, warum Repowering nach 20 Jahren keine Materialverschwendung ist.

energate: Herr Winkler, wie wichtig ist das Repowering von Windparks für das Wachstum der VSB in Deutschland?

Winkler: Repowering ist für das Wachstum von VSB in Deutschland von großer Bedeutung. Da ein Großteil der europäischen Windenergieanlagen bis 2030 das Ende ihrer technischen Lebensdauer erreichen wird, sind Repowering-Projekte entscheidend, um regionale und globale Klimaziele zu erreichen und den Kraftwerkspark mindestens konstant zu halten. Deutschland ist in diesem Bereich neben Frankreich ein Schlüsselmarkt für VSB. Repowering

ist in Deutschland ein wichtiges Instrument, um der begrenzten Flächenverfügbarkeit für neue Projekte zu begegnen und somit die engagierten Ausbauziele für Windenergie zu erreichen. Durch die effektive Nutzung der ausgewiesenen Windenergiegebiete wird durch das Repowering mit modernen und effizienten Anlagen das Energieerzeugungspotenzial maximiert.

energate: Lässt sich dieses Potenzial an einem konkreten Beispiel veranschaulichen?

Winkler: Ein herausragendes Beispiel ist die laufende Repowering-Initiative der VSB im Windpark Elster in Sachsen-Anhalt, eines der größten Repowering-Projekte in Europa. Im Rahmen dessen werden 50 veraltete Windenergieanlagen durch 16 moderne und hocheffiziente ersetzt, die nach ihrer Fertigstellung eine beeindruckende Leistung von 105,6 MW erbringen werden. Diese deutliche Leistungssteigerung zeigt das enorme transformative Potenzial des Repowerings.

energate: Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit sich das Repowering lohnt?

Winkler: Repowering lohnt sich, wenn ein bestehender Windpark das Ende seiner technischen Lebensdauer erreicht hat und die regionale Raumplanung den Bau neuer Anlagen ermöglicht. Fortschritte in der Windenergie-technik machen es möglich, mit modernen Anlagen auf kleinerem Raum deutlich mehr Energie zu erzeugen. Im Repowering-Windpark Elster beispielsweise können wir den Energieertrag auf weniger als zwei Drittel der ursprünglichen Fläche versechsfachen, was zu einer jährlichen Energieproduktion von rund 235 Mio. kWh führt. Repowering bietet darüber hinaus den Vorteil, dass weniger und modernere Anlagen eingesetzt werden, was zu geringeren Wartungskosten führt. Repowering an bestehenden Standorten profitiert zudem von der höheren Akzeptanz der Windenergie in diesen Regionen und minimiert mögliche Hemmnisse und Widerstände, die bei der Umsetzung von Projekten an neuen Standorten auftreten können. Dieser Aspekt spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung positiver Beziehungen zu lokalen Interessengruppen und der erfolgreichen Umsetzung von Repowering-Initiativen.

energate: Windkraftanlagen können 30 Jahre lang Strom produzieren. Ist es nicht eine Materialverschwendung, die Anlagen bereits nach 20 Jahren zurückzubauen?

Winkler: In Deutschland fallen die Anlagen nach 20 Jahren aus der EEG-Förderung und werden in vielen Fällen unwirtschaftlich, zudem steigen mit zunehmendem Alter der Anlagen die Reparaturkosten. Der RDR Wind, eine Industrievereinigung für den Rückbau alter Windenergieanlagen, hat in Zusammenarbeit mit VSB eine Industrienorm für den sicheren Rückbau, das Recycling und die Entsorgung von Anlagen entwickelt. Bei der Demontage der 50 Altanlagen im Windpark Elster haben wir mit der KSR Wind Solutions GmbH zusammengearbeitet, die sich auf den Rückbau und das Recycling von Altanlagen spezialisiert hat. Ein Großteil der Altanlagen wird an geeigneten Standorten im Ausland wieder aufgebaut, ein

anderer Teil der Anlagen dient als Pool für gut erhaltene Gebrauchtteile, die nach Prüfung und Reparatur wieder eingesetzt werden können. Diese Zusammenarbeit ist ein Beispiel für Nachhaltigkeit und Ressourcenoptimierung im Bereich der erneuerbaren Energien.

Die Fragen stellte Katharina Johannsen.



GAS & WÄRME

UPDATE GASSZENARIEN

Ines: Speicherbefüllung in vollem Gange

Berlin (energate) - Die Befüllung der Gasspeicher verläuft positiv. Seit Mai ist die Einspeicherphase in vollem Gange. Die Einspeicherungen sind im vergangenen Monat auf bis 0,7 TWh pro Tag gestiegen. Dies geht aus den aktuellen Szenarien der Initiative Energien Speichern (Ines) für die Gasversorgung in Deutschland hervor. Auch die aktuellen Marktpreise lassen optimistisch auf die nächsten Wochen und Monate blicken. "Vor dem Hintergrund der aktuellen Unterschiede zwischen den Sommer- und Winterpreisen für Gas ist im Moment davon auszugehen, dass die Befüllung in den nächsten Monaten auch weiter voranschreiten wird", sagte Ines-Geschäftsführer Sebastian Bleschke bei der digitalen Vorstellung des Juni-Updates zu den Szenarien. Aktuell beträgt der Füllstand der deutschen Gasspeicher laut Daten der Transparenzplattform Agsi+ 76,15 Prozent.

Bleschke warnt vor falscher Sicherheit

Dass unterm Strich eingespeichert wird, liegt vor allem am temperaturbedingt stark gesunkenem Gasverbrauch, erläuterte Bleschke. "Von März bis Mai hat sich der deutsche Gasverbrauch nahezu halbiert", so der Ines-Geschäftsführer. Diese insgesamt gute Ausgangslage führt laut der Ines-Szenarien dazu, dass über den Sommer ein moderates bis niedrigeres LNG-Importaufkommen in Europa reichen wird, um die deutschen Gasspeicher vor dem Winter vollständig zu befüllen. Das bedeute allerdings nicht, dass Deutschland in Sachen Gasversorgung sorgenfrei in den nächsten Winter gehen kann, betonte Bleschke. "Wir dürfen uns nicht in falscher Sicherheit wiegen: Selbst wenn die Gasspeicher erneut vollständig befüllt werden, bleibt die Gefahr einer Gasmangellage im Winter bei kalten Temperaturen bestehen."

Gasmangellage bei niedrigen Temperaturen

Denn schon bei mittleren bis kalten Temperaturen werden sich die Gasspeicher stark oder sogar vollständig entleeren, sodass die Einhaltung der gesetzlichen Füllstandsvorgabe für den 1. Februar 2024 in Höhe von 40 Prozent "herausfordernd" wird. Bei besonders tiefen Temperaturen sind in den Szenario-Berechnungen die Gasspeicher bereits im Januar leer, was zu einer Gaslücke von 10 bis 15 TWh führen würde. An einzelnen Tagen würde

der Mangel etwa 38 Prozent des gesamten Gasverbrauchs beitragen, rechnete Bleschke vor. Auch Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, hatte jüngst im Interview mit der "WAZ" nochmal betont, dass die Energiekrise noch nicht ausgestanden sei. Trotz guter Vorsorge bleibe das Wetter der entscheidende Faktor für den Gasverbrauch. "Daher müssen wir auch auf gute und diversifizierte Zuflüsse setzen und müssen Gas sparsam und effizient verbrauchen", sagte Müller.

"Große Gasmengen" über LNG-Importe haben Europa erreicht

Diversifiziert bedeutet in dem Fall vor allem, die LNG-Importe auszubauen. Auch Ines-Geschäftsführer Bleschke empfiehlt, "alle kurzfristig verfügbaren Importmöglichkeiten" zu heben, um nicht im Winter in eine Mangellage hineinzulaufen. Die veränderte Importsituation europaweit hat sich auch in den Ines-Szenarien schon bemerkbar gemacht. Von Januar bis Mai haben "große Gasmengen" über LNG-Importterminals Europa erreicht. Der Schwerpunkt der LNG-Importe lag dabei im Nordwesten, besonders im Vereinigten Königreich (0,9 TWh pro Tag), Frankreich (0,9 TWh pro Tag), den Niederlanden (0,6 TWh pro Tag) und Belgien (0,4 TWh pro Tag). Hinzu kam ein weiterer Knotenpunkt für LNG-Importe im Süden und Südwesten Europas über Italien (0,5 TWh pro Tag) und Spanien (0,8 TWh pro Tag). Hier ließen sich kurzfristig weitere Kapazitäten aktivieren. Laut der Ines-Daten sind etwa in Spanien noch rund 1,1 TWh an Importoptionen ungenutzt. [/ml](#)

Von Mareike Teuffer

GRÜNE INDUSTRIE

Uniper plant Synthesegas-Kraftwerk in den Niederlanden

Chemelot/Düsseldorf (energate) - Der Energiekonzern Uniper entwickelt in den Niederlanden ein Synthesegas-Kraftwerk. Die neue Anlage soll im Chemiapark Chemelot nördlich von Maastricht zum Einsatz kommen und dort Erdgas in den chemischen Produktionsprozessen ersetzen. Das Projekt befindet sich derzeit allerdings noch in der frühen Entwicklungsphase, teile Uniper mit. Nach jetzigem Stand der Planungen könnte das Kraftwerk 2027/2028 in Betrieb gehen und soll dann in den Folgejahren erweitert werden. Zu der vorgesehenen Leistung der Anlage und den Produktionskapazitäten machte Uniper keine Angaben.

Wasserstoff ist so schnell nicht verfügbar

Bei der Herstellung des sogenannten "Syngases" soll künftig Biomasse zum Einsatz kommen. Diese wird in einem speziellen thermischen Verfahren (Torrefizierung) erst im Volumen reduziert und dann in Gas umgewandelt. Bei diesem Prozess entsteht als Nebenprodukt biogenes CO₂, das für die Herstellung nachhaltiger Chemikalien dienen kann, die dann wiederum zum Beispiel für Kunststoffe, Dünge- oder Arzneimitteln genutzt werden. Das Syngas bildet damit neben Elektrifizierung und Wasserstoff eine weitere Alternative auf dem Weg in eine grüne Chemieindustrie.

Der Vorteil für den Chemiestandort liegt vor allem darin, dass das Synthesegas eher als Wasserstoff verfügbar ist. Denn der Bau des Wasserstoff-Backbone für Chemelot soll den Angaben zufolge erst nach 2028 und der Ausbau des Stromnetzes nach 2030 beginnen. Chemelot ist einer der wichtigsten Industriecluster in den Niederlanden. Auf dem rund 8.000 Hektar großen Gelände sind 17 Produktionsunternehmen in 60 verschiedenen Betrieben tätig. Bis 2050 will der Standort eine vollständige Kreislaufproduktion erreichen. [/ml](#)
Von Mareike Teuffer

ADD-ON GAS & WÄRME

Uniper vermarktet Speicherkapazitäten in Etzel

Düsseldorf (energate) - Uniper Energy Storage (UST) hat erfolgreich Kapazitäten für den Speicher Etzel EGL für das Speicherjahr 2024/25 vermarktet. Angeboten hatte das Unternehmen in der Auktion am 6. Juni 100 Bündel des Produkts "Etzel EGL Mid Churn" mit einem Arbeitsgasvolumen von insgesamt 2,0 TWh/a. UST erhielt 45 Gebote, 88 der angebotenen Bündel und damit ein Gesamtvolumen von 1,76 TWh konnten nach Angaben des Unternehmens zugeteilt werden. Zwischen dem 12. Juni und dem 31. Juli will Uniper weitere Kapazitäten im Speicher Etzel EGL auktionieren. Angeboten wird erneut ein Arbeitsgasvolumen von 2 TWh/a, aufgeteilt in 100 Bündel zu je 20 GWh. Die Einspeicherrate beträgt 12,678 MWh/h, die Ausspeicherrate 21,183 MWh/h. Die Auktion findet über das Speicherportal von UST statt. Dort hat UST weitere Informationen veröffentlicht. Etzel EGL liegt im H-Gas-Marktgebiet von Trading Hub Europe. [/tc](#)

Von Thorsten Czechanowsky

ADD-ON GAS & WÄRME

MARGIT 2024: Multiplikatoren und LNG-Rabatte bleiben gleich

Bonn (energate) - Die Bundesnetzagentur hat mit ihrer Festlegung "MARGIT 2024" die Multiplikatoren für unterjährige Kapazitätsprodukte und die Rabatte an den LNG-Einspeisepunkten für das kommende Jahr fortgeschrieben. Bei der Umrechnung von Jahres-Standardkapazitätsprodukten in Quartalsprodukten gilt weiterhin ein Multiplikator von 1,1. Bei Monatsprodukten beträgt er 1,25, bei Tages-Produkten 1,4 und bei untertägigen Standardprodukten 2,0. Damit liegen sie unverändert zu den aktuellen Werten für das Jahr 2023.

Die Händlerseite hatte in der Konsultation eine Absenkung des untertägigen Multiplikators auf 1,5 gefordert. Die aktuelle Höhe hemme Handelsgeschäfte und mache den flexiblen Einsatz von Gaskraftwerken unnötig teuer, lautete der Einwand, den etwa Efet Deutschland, RWE Supply & Trading und Uniper vorbrachten. Der Argumentation ist die Regulierungsbehörde nicht gefolgt. Sie hält an der Höhe der Multiplikatoren fest, mit der Transportkunden verursachergerecht an Leerstandskosten der Transportleitungen beteiligt werden sollen. Diese entstehen aus Sicht der Fernleitungsnetzbetreiber, weil Kapa-

zitäten für die unterjährigen Transporte vorgehalten werden müssen. Der höhere Preis soll einen Anreiz schaffen, langfristiger zu buchen und so für mehr Planungssicherheit zu sorgen.

Die Beschlusskammer (BK) 9 argumentiert in ihrer Festlegung, dass die Liquidität im Kurzfrighthandel durch die Einführung der Multiplikatoren im Jahr 2016 nicht gelitten habe. Auch im europäischen Vergleich sei die Höhe gerechtfertigt und moderat, hier lag die Bandbreite im Gaswirtschaftsjahr 2020/2021 zwischen 1,2 und 5,08. Laut einer Empfehlung der europäischen Regulierungsagentur Acer besteht "ein erhöhter Begründungsbedarf" erst, wenn der Multiplikator unter 1 oder über 3 liegt.

Nachlass für LNG-Einspeisung bleibt bei 40 Prozent

Auch bei den LNG-Rabatten hält die BK 9 daran fest, dass ein Nachlass von 40 Prozent, aber nur auf Jahres- und Quartalsprodukte gewährt wird. Von Händlerseite wurde zum Teil ein Rabatt von bis zu 100 Prozent gefordert. Terminalbetreiber Hanseatic Energy Hub (HEH) verwies auf den internationalen Wettbewerb, in dem die LNG-Terminals stehen. Zu den Rabattsystemen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden dürfe kein Nachteil entstehen. Die Bundesnetzagentur teilt hier die Überzeugung der Fernleitungsnetzbetreiber, dass die Transportkosten im Verhältnis zu den erzielbaren Commodity-Preisen eine marginale Rolle spielen. Trotzdem hält sie Rabatte für sinnvoll, um die tatsächliche physische Auslastung zu erhöhen. Auch hier sollen die Rabatte auf längerfristige Kapazitätsbuchungen den Anreiz für hohe kontinuierliche Einspeisungen im Sinne der Versorgungssicherheit setzen.

Keine Zugangsbeschränkungen durch Langfristbuchung

Die BK 9 sieht durch die Beschränkung auf längerfristige Buchungen kleinere Marktteilnehmer auch nicht benachteiligt. Übliche Verfahren wie das Borrowing and Lending von LNG-Mengen und die Vermarktung anteiliger Terminalkapazitäten oder die Kapazitätsüberlassung stellten Zugangsmöglichkeiten dar. So könne der Terminalbetreiber rabattierte Jahreskapazität zur Netzeinspeisung buchen und seinen Terminalkunden dann zur Verfügung stellen. Der Beschluss der BK 9 ist auf den Seiten der Bundesnetzagentur veröffentlicht. /tc

NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

PARTNERPROGRAMM

Lumenaza bringt Kleinanlagen in Direktvermarktung

Berlin (energate) - Der Direktvermarkter Lumenaza will mit einem Community-Angebot Betreibern von kleineren Photovoltaikanlagen den Zugang zur Direktvermarktung verschaffen. Den Vertrieb soll dabei ein Netzwerk an Installationspartnern übernehmen, das den Endkunden bei der Planung der Solaranlage dank der Community höhere Erlöse als in der Festvergütung in Aus-

sicht stellen kann. Bereits vor dem offiziellen Start des entsprechenden Partnerprogramms hat Lumenaza 15 Partner für das Modell gewonnen, teilte das Unternehmen mit. Sie können das Angebot über ein Affiliate-Banner in ihre digitalen Auftritte einbinden und werden über ein Provisionsmodell an den Erträgen der Direktvermarktung beteiligt. Zugleich kündigte Lumenaza an, das Angebot um dynamische Stromtarife erweitern zu wollen.

Das Berliner Unternehmen begründet das Angebot damit, dass es für Solaranlagen mit weniger als 100 kW Leistung an attraktiven Angeboten für die Direktvermarktung mangle. Dabei könnten auch Kleinanlagen, die nicht zur Direktvermarktung verpflichtet sind, von den höheren Preisen an den Energiemärkten profitieren. Um die diese Erlöse transparent zu machen, bietet Lumenaza einen Online-Erlösrechner, über den Anlagenbetreiber im Vorfeld des Vertragsabschlusses die erwartbaren Erträge berechnen können. Lumenaza betrachtet sich als Marktführer in der Direktvermarktung von Kleinanlage. Das Unternehmen bündelt und vermarktet nach eigenen Angaben ein Portfolio von rund 4.000 Anlagen mit insgesamt 150 MW Erzeugungsleistung. /rb

Von Rouben Bathke

ADD-ON NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

"Der Verbrauch des Busses war um knapp 20 Prozent geringer"

Planegg/Krakau (energate) - Das bayerische Start-up Arthur Bus setzt den eigens entwickelten Wasserstoffbus nun auch im Linienbetrieb ein. Nach Tests in Bayern fährt der Bus seit Kurzem auf mehreren Linien der zweitgrößten polnischen Stadt Krakau. Philipp Glonner, CEO und Gründer von Arthur Bus, berichtete energate über die im dortigen Einsatz gewonnenen Erkenntnisse.

energate: Herr Glonner, der Arthur Wasserstoffbus ist im polnischen Krakau im Linienbetrieb. Wie ist der bisherige Feldtest verlaufen?

Glonner: Unser Wasserstoffbus wurde in Krakau auf verschiedenen Linien eingesetzt, darunter eine längere Intercity-Linie nach Wieliczka. Insgesamt wurden während des Linienbetriebs mehr als 10.000 Kilometer in zwei Schichten im Dauereinsatz gefahren. Ab Juni haben wir bereits weitere Kundentermine und Vermietungen geplant, die von Berlin über Wien bis nach Italien reichen. Der Linienbetrieb ist bisher sehr positiv verlaufen. Insbesondere der Verbrauch des Busses war um knapp 20 Prozent geringer beziehungsweise effizienter als bei vergleichbaren zuvor getesteten Produkten aus dem Wasserstoffbussegment. Wir haben auch Feedback von Fahrgästen und Fahrern erhalten, die die Leistung des Antriebssystems als sehr gut empfanden.

Zudem konnten wir umfangreiche Erkenntnisse hinsichtlich der Reichweite sowie des Wasserstoffverbrauchs des Arthur Bus erlangen. Diese haben unsere Ergebnisse der Probefahrten des vergangenen Jahres bestätigt. Aufgrund des geringen Verbrauchs unseres Busses wurde bei den Tests in Krakau proportional mehr

Reichweite erreicht. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet das für die Praxis mehr Flexibilität im Betrieb. So konnten wir gewährleisten, dass der Arthur Bus in zwei aufeinanderfolgenden Schichten beziehungsweise Linien ohne eine weitere Refueling-Einheit fahren konnte. Abgesehen von der angenehmen Fahrdynamik war dies der ausschlaggebende Punkt, warum unser Kunde großes Interesse daran zeigte, den Test zu verlängern.

energate: Was sind Ihre künftigen Zielmärkte? Wo kommt der Arthur Bus auf die Straßen?

Glonner: Unsere künftigen Zielmärkte sind vor allem Städte und Gemeinden, die eine umweltfreundliche und nachhaltige Mobilität anstreben. Hier sehen wir großes Potenzial für den Arthur Bus, der sich durch seine hohe Reichweite und kurze Ladezeit auszeichnet. Wir haben bereits Anfragen aus Deutschland, Österreich und Italien erhalten und sind zuversichtlich, dass unser Wasserstoffbus bald auf vielen Straßen in Europa zu sehen sein wird.

energate: Ziehen Sie neben Bussen künftig auch andere Fahrzeugsegmente in Betracht?

Glonner: Ja, wir arbeiten aktiv an der Erweiterung unserer Produktpalette im Bereich der Brennstoffzellenfahrzeuge. Neben dem Arthur Bus planen wir die Entwicklung weiterer Arthur-Modelle, die unterschiedliche Fahrzeugsegmente abdecken, um den Bedürfnissen und Anforderungen unserer Kunden gerecht zu werden. Dabei fokussieren wir uns strikt auf unsere Vision, die emissionsfreie Mobilität von morgen schon heute zu gestalten. Wir freuen uns bereits auf zukünftige Releases und Innovationen in diesem Bereich und werden hier noch für Spannung sorgen.

Die Fragen stellte Nils Eckardt.

ÖSTERREICH

STAHLINDUSTRIE

Voest will Emissionen ab 2027 massiv reduzieren

Linz (energate) - Mit der Veröffentlichung eines Rekordergebnisses kündigt die Voestalpine weitere Schritte beim Umstieg auf Wasserstoff und Strom aus Erneuerbaren an. Bereits ab dem Jahr 2027 will der Stahlkonzern mit neuen Elektrolichtbogenöfen seine Emissionen um ein knappes Drittel reduzieren. Das hätte weitreichende Auswirkungen auf die gesamten Abgasemengen in Österreich.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Voestalpine geopolitischen Spannungen und den Verwerfungen am Energiemarkt trotzen, berichtete Konzernchef Herbert Eibensteiner bei einem Medientermin in Linz: Der Umsatz kletterte demnach um 22 Prozent auf 18,2 Mrd. Euro und damit auf den höchsten Stand

der Firmengeschichte. Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf 1,2 Mrd. Euro. Aktuell beschäftigt der Konzern weltweit rund 51.200 Mitarbeitende, davon rund 23.200 in Österreich.

Stark gestiegene Nachfrage aus der Energieindustrie

Die massiv gestiegenen Preise für Energie und Rohstoffe sowie Engpässe bei Gaslieferungen haben der Voest wie der gesamten energieintensiven Industrie stark zugesetzt. Als Reaktion darauf buchte das Unternehmen im Juni 2022, wie damals von energate berichtet, erstmals Gasspeicher bei der RAG Austria für Flüssiggas aus Übersee.

Allerdings trieb die Situation des Vorjahres auch die Nachfrage nach Stahlprodukten nach oben - "besonders in der Energieindustrie", so Eibensteiner. Dieses Segment hat einen Anteil von 15 Prozent am Konzernumsatz. Die Voest liefert Spezialstähle für die Öl- und Gasindustrie, Elektrobänder für Windkraftanlagen und Elektroautos sowie Unterkonstruktionen für Photovoltaik. Bei PV sei die Auftragslage weltweit "hervorragend", erklärte Eibensteiner.

Offene Fragen beim Milliardenprojekt "GreenTec Steel"

In der Stahlproduktion in Linz und Donawitz will die Voest die Hochofenroute schrittweise auf Elektrolichtbogenöfen umstellen, die in Zukunft mit Strom aus Erneuerbaren laufen sollen. Für dieses Vorhaben namens "GreenTec Steel" hat der Aufsichtsrat heuer im März eine Investition von 1,5 Mrd. Euro genehmigt. Zentrale Fragen seien jedoch weiterhin offen, erklärte Eibensteiner - nämlich, ob und mit wie hohen Beihilfen vom Staat der Konzern rechnen kann. Eine Entscheidung sei im Herbst zu erwarten, hieß es dazu in Linz.

Schrittweise Umstellung auf Erneuerbare

Ab dem kommenden Jahr will die Voestalpine zwei neue Elektrolichtbogenöfen in Linz und Donawitz bauen, die im Jahr 2027 in Betrieb gehen sollen. Ab 2030 will die Voest einen dritten Lichtbogenofen bauen und zwei herkömmliche Hochöfen stilllegen. Als Fernziel hat die Konzernführung für 2050 die klimaneutrale Stahlproduktion ausgerufen. Entscheidend sei jedoch die Verfügbarkeit von Strom aus Erneuerbaren zu bezahlbaren Preisen, betonte Eibensteiner in der Vergangenheit mehrfach - was angesichts der notwendigen Volumina keineswegs sicher ist.

Fünf Prozent der Abgasemengen von ganz Österreich

Allerdings hätten schon allein die beiden bis 2027 geplanten Elektrolichtbogenöfen große Auswirkungen auf die Emissionen der Voest - und Österreichs insgesamt. Der Stahlriese ist der mit Abstand größte einzelne Energieverbraucher und Abgaserezeuger hierzulande. Der Großteil seiner jährlich emittierten 14,5 Mio. Tonnen an Treibhausgasen fällt in der Stahlproduktion in Linz und Donawitz an. Sinken an diesen Standorten die Emissionen um ein knappes Drittel, entspricht das einer Reduktion von fünf Prozent der Abgasemengen des ganzen Landes.

Pilotprojekte rund um Stahl mit Wasserstoff

Im oberösterreichischen Gampern kooperiert Voestalpine mit RAG Austria bei Untersuchungen am weltweit ersten geologischen Wasserstoffspeicher. Das Unternehmen forscht auch am Einsatz von Wasserstoff in der Stahlherstellung. Auch einige dieser Pilotprojekte gehören zu den ersten weltweit - etwa eine Anlage für das Verfahren "Hyfor", das international erste Direktreduktionsverfahren für Feinerze mit Wasserstoff. Oder das Projekt "Susteel", das in der Eisenreduktion Wasserstoffplasma statt Koks einsetzt: In nur einem Schritt trennt hier das Plasma im Erz das Eisen vom Sauerstoff und schmilzt es auf. Das Verfahren braucht weniger Energie, und als Nebenprodukt fallen keine Abgase an, sondern nur Wasser. /pm

Von Peter Martens

ENDKUNDENPREISE

Preise: Gegenläufige Trends bei Kelag und Illwerken

Klagenfurt/Bregenz (energate) - Bei den Vorarlberger Illwerken VKW sinkt ab Juli sowohl der Strompreis als auch der Gaspreis - die Kärntner Kelag dagegen hebt ihre Stromtarife an. Die Arbeiterkammer will die Preiserhöhung überprüfen und "gegebenenfalls rechtliche Schritte setzen." Mitte Mai hatte die Arbeiterkammer bereits eine Musterklage gegen Preiserhöhungen bei der Tiroler Tiwag eingebracht.

Illwerke: Niedrigere Preise ab Juli

Die Illwerke senken ab Juli ihren Strompreis von aktuell 24 auf 18,7 Cent/kWh (netto ohne Umsatzsteuer) und garantieren, ihn bis Ende März 2025 nicht mehr zu verändern. Auch der Gaspreis soll ab Juli sinken, kündigt der Versorger nun an. Der Nettopreis für Gas soll ab Juli von 10,8 Cent auf 7,3 Cent/kWh sinken und dann bis Ende März kommenden Jahres gelten. Es sei der Zeitpunkt gekommen, beim Erdgas etwas zu tun, erklärte dazu Vorstand Christof Germann. Steigen werde dieser Gastarif bis Ende März nicht, Rabatte seien jedoch möglich.

Einheitliche Preise bei der Kelag

Die Kelag betont zu ihrem Schritt, eineinhalb Jahre lang die Preise unverändert auf einem der niedrigsten Niveaus in Österreich gehalten zu haben. Aktuell zahlen Bestandskunden bei der Kelag für Strom 13,04 Cent/kWh (10,87 Cent/kWh netto), bei Neukunden sind 32,40 Cent/kWh (27,00 Cent/kWh netto) fällig. Diese Preise will der Versorger in den nächsten Wochen für alle Endkunden vereinheitlichen. Ab Mitte Juni beträgt der Neukundentarif 24,84 Cent/kWh (20,70 Cent/kWh netto), in den alle Kunden mit höheren Tarifen wechseln können.

Ab August zahlen dann alle Kunden einen Tarif von 24,84 Cent/kWh (20,70 Cent/kWh netto). Bei einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 3.500 kWh bedeute das im Vergleich zum heutigen Preis für Bestandskunden eine Verteuerung von rund 11 Euro im Monat, erklärte die Kelag dazu.

Als Alternative zum einheitlich höheren Tarif bietet der Versorger seinen Bestandskunden mit Verbrauchsanlagen das Produkt "Kelag Strom Vorteil" mit einem auf ein Jahr festgelegten Fixpreis von 19,80 Cent/kWh (16,50 Cent/kWh netto). Hier gebe es im Verhältnis zum früheren Bestandspreis monatliche Mehrkosten von sechs Euro, hieß es.

Rabatte bei Wärmepumpen und Elektroheizungen

Mehr als die Hälfte der Bestandskunden in Kärnten verbraucht weniger als 2.900 kWh pro Jahr und profitiert daher von der bundesweiten Strombremse. Für Haushalte mit einer Wärmepumpe oder einer Elektroheizung gilt ab einem Verbrauch von 3.500 kWh ein reduzierter Preis von 22,44 Cent/kWh (18,70 Cent/kWh netto), über dieser Marke kostet der Strom bei der Kelag 17,40 Cent/kWh (14,50 Cent/kWh netto).

Arbeiterkammer spricht von "rechtlichen Schritten"

Die Arbeiterkammer (AK) übte Kritik an der Entscheidung und sprach von möglichen rechtlichen Schritten. "Während andere Energieanbieter in Österreich ihre Preise wegen sinkender Weltmarktpreise reduzieren, gehen sie in Kärnten rauf", so Günther Goach (SPÖ), der Chef der Kärntner Arbeiterkammer. Derzeit offen ist eine Klage der Arbeiterkammer gegen die Tiroler Tiwag. In dieser Klage geht es um Preiserhöhungen der Tiwag vom Vorjahr, die auf dem Strompreisindex ÖSPI basieren.

Bei der Kritik an der Kelag wendet sich die AK nun gegen das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG), das vielen Versorgern bei der Begründung ihrer Preisanpassungen als alternative Grundlage zum ÖSPI dient. Heimische Versorger beklagen seit Jahren die Rechtsunsicherheit sowohl beim Bezug auf den ÖSPI als auch auf den EIWOG - die Arbeiterkammer tut das nun ebenfalls. Der Bundesregierung sei es nicht gelungen, "einfache und sichere Regeln für die angemessene Änderung der Strompreise zu schaffen", so Goach. /pm

Von Peter Martens

ENERGIEBEIHILFEN

Klimabonus kommt 2023 gestaffelt

Wien (energate) - Der Klimabonus für das Jahr 2023 kommt je nach Region gestaffelt und fällt deutlich geringer aus als im Vorjahr. Zuvor haben die Regierungsparteien ÖVP und Grüne der Maßnahme im Umweltausschuss zugestimmt. Das Energieministerium habe die geplante Auszahlung nach Erkenntnissen aus der ersten Durchführung verbessert, erklärte dazu die zuständige Ministerin Leonore Gewessler (Grüne).

Auszahlung ab dem Herbst

Die Auszahlung startet im Herbst und wird bis zum kommenden Frühjahr andauern. Die Beihilfe bekommen alle Menschen, die ihren Hauptwohnsitz heuer für mindestens sechs Monate in Österreich haben, also auch Menschen ohne österreichische Staatsbür-

gerschaft, die sich rechtmäßig im Land aufhalten, sowie Asylberechtigte. Jene Einwohner, die ihre Kontodaten auf "FinanzOnline" gestellt haben, bekommen die Beihilfe automatisch, alternativ verschickt das Energieministerium einen Gutschein.

Vier Tarife von 110 bis 220 Euro

Die Maßnahme will die Teuerung nach der Einführung des CO₂-Preises ausgleichen, der seit Oktober des Vorjahres gilt. Die Regierung will damit auch "klimafreundliches Verhalten" im Inland fördern, etwa bei der Wahl der Verkehrsmittel. Entsprechend richtet sich die

Staffelung danach, wie gut das öffentliche Verkehrsnetz am jeweiligen Wohnort ist und ob es in der unmittelbaren Nähe Schulen, Apotheken und Nahversorger gibt, so ein Informationsblatt des BMK.

Je nach Situation gelten daher vier Tarife, die sich aus dem "Sockelbetrag" von 110 Euro zuzüglich eines "Regionalausgleichs" von null, 40, 75 oder 110 Euro zusammensetzen. Man bekommt also mindestens 110 Euro und höchstens 220 Euro ausgezahlt, Kinder und Jugendliche die Hälfte. Zum Vergleich: Im Vorjahr gab es beim Klimabonus pauschal noch 500 Euro pro erwachsene Person. /pm
Von Peter Martens

Profitieren Sie von tiefergehendem Expertenwissen!

Die Add-ons des ener|gate messenger⁺ bieten Ihnen **Hintergrundwissen** und **Inhalte mit besonderem Mehrwert** zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten.

Jetzt mehr erfahren!

